

20.11.1997

Änderungsantrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zum Antrag der CDU-Fraktion
"Der Justizminister muß Verantwortung übernehmen!"
Drucksache 12/2561

Die Überschrift des CDU-Antrags wird wie folgt geändert:

"Justiz muß entlastet werden!"

Ziffer 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

1. Einen umfassenden Bericht vorzulegen, wie viele Haftentlassungen in Nordrhein-Westfalen und den anderen Bundesländern in den vergangenen zehn Jahren aufgrund nicht rechtzeitiger Hauptverhandlung oder anderer organisatorischer Mängel bei den Gerichten Folge des Fristablaufs nach § 121 StPO waren, welchen Deliktsbereichen sie zuzuordnen waren und ob die mutmaßlichen Täter nach ihrer Haftentlassung erneut straffällig wurden und wenn ja, wie.

Ziffer 2 und 3 bleiben unverändert.

Ziffer 4 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

4. Darzustellen, welche Maßnahmen seitens des Ministeriums und der Landesregierung ergriffen wurden bzw. geplant sind, um eine sachgerechte Erledigung der Aufgaben der Strafjustiz sicherzustellen.

Ziffer 5 und 6 werden wie folgt angefügt:

5. Insbesondere die Bemühungen des Landes Nordrhein-Westfalen und des Bundesrates gegenüber dem Bundesjustizminister, der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag umfassend zu dokumentieren, die das Ziel verfolgten, zu verbesserten, die Justiz entlastenden bundesrechtlichen Regelungen zu kommen.

Datum des Originals: 20.11.1997/Ausgegeben: 20.11.1997

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (02 11) 8 84-24 39, zu beziehen.

6. Darzulegen, welche bundesrechtlichen Regelungen der letzten Jahre die Belastungssituation der Justiz verstärkt haben.

Klaus Matthiesen
Birgit Fischer
Robert Krumbein

und Fraktion

Roland Appel
Gisela Nacken
Dr. Manfred Busch
Christiane Bainski

und Fraktion